

Sehr geehrter Herr Präsident ...

Wir haben es bei der Vorstellung gehört: das föderale Parlament und die gliedstaatlichen Parlamente, in deren Zuständigkeiten die Klimapolitik fällt, haben sich um **eine gemeinsame, interparlamentarische Position Belgiens bemüht**, und zwar im Hinblick auf die, die 24. Konferenz der Vereinten Nationen über den Klimawandel, COP24, die vom 3. bis 14. Dezember 2018 im schlesischen **Katowice**, mitten im symbolträchtigen polnischen Kohlerevier stattfindet.

**Erinnern wir uns:** Die 21. UN-Klimakonferenz in Paris hat 2015 eine Übereinkunft erzielt, den sog. "**Weltklimavertrag**", der eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf möglichst maximal 1,5° Celsius festlegt. 2017 wurde auf der Folgekonferenz in Bonn ein ca. 200 Seiten starkes „Regelbuch“ zur Umsetzung dieses „Weltklimaabkommens“ vereinbart und darüber hinaus die Methode des „Talanoa-Dialogs“ eingeführt, die es ermöglichen soll, Empathie aufzubauen und weise Entscheidungen für das Gemeinwohl zu treffen.

Der Prozess von Talanoa beinhaltet den Austausch von Ideen, Fähigkeiten und Erfahrungen durch Geschichten erzählen. Während des Prozesses bauen die Teilnehmer Vertrauen auf und fördern Wissen durch Empathie und Verständnis. Mit dieser Methode soll auch in Katowice weiter verhandelt werden.

Aus den gemeinsamen Bemühungen der belgischen Parlamente zur Vorbereitung dieser Konferenz ist also der vorliegende Resolutionsentwurf entstanden, der eine gemeinsame Position Belgiens für Katowice festschreibt.

Diese Position umfasst eine Menge von politischen Vorhaben in sozusagen allen Lebensbereichen.

Die belgische Position ist ambitioniert, und das ist gut so.

Denn weltweit werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher sichtbar.

Gemäß dem **Sonderbericht** des globalen Wissenschaftsrates IPCC zur Vorbereitung der COP 24, der Anfang Oktober veröffentlicht wurde, liegt die weltweite Durchschnittstemperatur 2018 rund ein Grad über dem Niveau der vor-industriellen Zeit.

**2017** sind die **CO<sub>2</sub>-Emissionen** nach einer dreijährigen Pause weltweit erneut gestiegen, und zwar um **zwei Prozent**. Während sie in den USA und in Europa leicht rückläufig waren, stiegen sie in China **um 3,5 Prozent** an. Hauptgrund ist, dass die Weltwirtschaft vergleichsweise stark wächst.

Heißt das, dass die Ergebnisse des Pariser Abkommens von 2015 in Gefahr sind?

Das nicht, auch wenn diese Meldungen das Zeitfenster und die Spielräume des Handelns wieder deutlich verringern.

Die Erfolge der Weltklimakonferenz in Paris vor drei Jahren stimmen immer noch hoffnungsfroh, denn:

1. Wurde dort von den Teilnehmern deutlich, der Wille geäußert, globale Anstrengungen in die Wege zu leiten, den Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen.
2. hat man erkannt, dass die **Beseitigung des CO<sub>2</sub>-Austosses** der erste und wichtigste Schlüssel zum Erfolg ist.

Auf der Nachfolge-Konferenz in Bonn im November 2017 ging es- wie ich eben schon angedeutet habe - um konkrete Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen. Zum Beispiel die Frage, welche Informationen über ihre Klimaschutzbemühungen die Staaten wann und in welcher Form einreichen.

**Der Wille ist also da, und der Zeitplan steht ebenfalls.**

Aber die Zeit drängt und es muss unbedingt ein stärkeres Engagement her, damit schneller konkrete Fortschritte sichtbar werden können. Die aktuell global praktizierte Klimapolitik reicht nicht aus. Sie wird langfristig zu einer **Erderwärmung um etwa drei Grad** führen. Das bezweifelt mittlerweile kein einziger ernstzunehmender Politiker mehr.

Die Weltgemeinschaft ist sich auch einig darüber, dass die CO<sub>2</sub> Emissionen bis 2050 auf praktisch null sinken müssen und die bisher ins Auge gefassten Einsparungen nicht ausreichen, um das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf zwei oder sogar nur 1,5 Grad zu begrenzen.

Wenn ich sage "**Weltgemeinschaft**", muss ich da leider eine Einschränkung machen. Ein Land fehlt: ausgerechnet die zweitgrößte CO<sub>2</sub>Schleuder nach China, **Die USA**, haben sich aus dem Pariser Abkommen zurückgezogen.

Und wie es aussieht, schickt sich der frisch gewählte rechtsradikale Populist und Diktator Brasiliens, **Bolsonaro**, offensichtlich an, es dem rücksichtslosen und verblendeten amerikanischen Präsidenten gleichzutun.

2017 und 2018 waren also seltsam zwiespältige Jahre im Kampf gegen den Klimawandel.

Politisch gab es Rückschläge und nur wenig Fortschritt.

Technisch und wirtschaftlich sind aber weltweit positive Entwicklungen im Bereich der Photovoltaikanlagen und im Batteriesektor zu vermelden gewesen.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass auch kein Donald Trump die Energiewende noch aufhalten kann. **Erneuerbare Energien und Elektromobilität boomen.**

Denn die Verringerung - oder besser noch - die gänzliche Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist nach wie vor der weithin anerkannte und sicherste Königsweg.

Politisch scheint er am vielversprechendsten, weil der Mensch "nicht mehr" tun muss als die weitere Anreicherung von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen zurückzufahren.

Allerdings gibt es politisch auch die Frage, welche globalen Mächte welches Interesse an einer gemeinsamen Klimapolitik haben.

**Wer soll z.B. bestimmen, welches Klima das richtige ist?**

Russland zum Beispiel dürfte eher Interesse an höheren Temperaturen haben, während in Afrika und anderen heißen Regionen jede Erwärmung negative Auswirkungen hat.

Wirtschaftlich ist **der Null-CO<sub>2</sub>-Austoß** jedenfalls eine **Herkulesaufgabe**. Rechnet man die global die Ausgaben über die kommenden Jahrzehnte zusammen, kommen Trillionensummen zusammen, die zum Beispiel in erneuerbare Energien und effizienteren Energieverbrauch gesteckt werden müssten.

Und da ist es alarmierend, dass die Klimafinanzierung des Pariser Abkommens nicht weiter festgeschrieben ist als bis zum Jahr **2026**.

Es bleibt also noch **viel Wegstrecke für die Weltgemeinschaft**.

Und viel konkrete Arbeit auch für Belgien und seine Teilparlamente. Die gemeinsame Position, die Belgien auf der Konferenz von Katowice vertreten wird, ist wie gesagt ambitiös und trägt den Zielen des Pariser Abkommens in allen Bereichen Rechnung, ja, mehr noch: sie spricht sich deutlich für noch mehr und noch stärkere Maßnahmen aus.

Allerdings **beschränkt sich die gemeinsame Resolution** über weite Strecken auf sehr allgemeine Ankündigungen und Absichtserklärungen.

Aber ist das ein Grund, diese gemeinsame Resolution aller belgischen Parlamente, das Ergebnis eines interparlamentarischen Dialogs, nicht mitzutragen bzw. sie nicht zu mit zu unterzeichnen?

Nein, ganz sicher nicht.

**Die ProDG-Fraktion steht** - trotz der eben angerissenen Mängel dieser Erklärung - **voll hinter diesem Resolutionsentwurf.**

Ich danke ...